

Die Speisegemeinschaft.

Der Präsident des neuen Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki, hat es gestern im Hauptausschuß des Reichstages für seine Aufgabe erklärt, mit Hilfe der Kommunen in den großen Wohngebieten Einrichtungen zur Massenspeisung zu schaffen. Neben der Aufstellung eines genauen Wirtschaftsplanes für das neue Erntejahr und neben der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers hatten auch wir die Einführung von Speisegemeinschaften in den großen Städten für die vorläufig dringendste Aufgabe. Mit besonderer Freude begrüßen wir es deshalb, daß gleichzeitig mit der Erklärung des Herren v. Batocki auch in der Kölner Stadtverordnetenversammlung die Frage gründlich erörtert worden ist. Was Köln tun wird, verdient über die Grenzen der Stadt hinaus insofern Beachtung, als unsere Stadtverwaltung bisher die Schrittmacherin war. Andere Städte sind nachgekommen und haben Einrichtungen nach dem Kölner Beispiel getroffen. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn die Stadt Köln auch in dem neuen Stadium, in das die Frage der Massenspeisungen durch die Anregung des Kriegsernährungsamtes eingetreten ist, die Führung behielte.

Wie von der Stadtverwaltung gestern mitgeteilt wurde, haben wir in Köln gegenwärtig vier Volkstüchen, 13 Einrichtungen für Eintopfgerichte, 13 Suppentüchen, sieben Gulaschkanonen und ferner noch eine Reihe von privaten Wohltätigkeitsanstalten. Auf diese Weise werden in Köln täglich 19 630 Portionen verabreicht. Die Stadt erklärt aber, in der Lage zu sein, durch weiteren Ausbau ihrer Einrichtungen etwa 80 000 Personen versorgen zu können. So anerkanntenswert diese Leistungen der Stadt Köln sind, so dürfte damit doch noch nicht die Aufgabe, die sich die Stadtverwaltung offenbar selbst gestellt hat, gelöst sein. Aus dem Verlauf der gestrigen Sitzung konnte man aber nehmen, daß gegen den entscheidenden Schritt, aus diesen Speisungen, die zunächst nur für die armen und minderbemittelten Kreise bestimmt waren und ihnen auch vornehmlich dienen, eine Speisegemeinschaft auf breiterer Grundlage zu machen, doch noch erhebliche Widerstände bestehen. Der springende Punkt in den Auseinandersetzungen ist: Was bisher in Köln und andern Städten geschehen ist, das gehört in das Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege; wir müssen aber dahin gelangen, daß die Speisegemeinschaft ein wichtiger Teil unserer Kriegsernährungspolitik wird. Übereinstimmung bestand gestern darüber, daß ein Zwang zur Beteiligung an derartigen Speisegemeinschaften nicht ausgeübt werden solle. An und für sich hätten wir nichts dagegen einzuwenden, wenn der neue Präsident des Ernährungsamtes wenigstens für die Städte einen Zwang zur Teilnahme an den Speisegemeinschaften vorschriebe. Wenn man einmal zu der Erkenntnis gekommen ist, daß in derartigen Sammelküchen unsere Nahrungs- und Lebensmittel am sparsamsten und rationellsten verwertet werden können, dann geht dieser Vorteil allen Gefühlsgründen vor. Zweckmäßigkeitsgründe aber, vor allem dieselbe Überlegung, nach der auch die Selbstversorgung einzelner Gebiete mit Brot zugelassen worden ist, widerstehen dem so sehr, daß der freiwillige Beitritt der zwangsweisen Vereinigung vorzuziehen ist.

Was für eine Ausdehnung der gemeinsamen Küche über ihre bisherigen Grenzen hinaus spricht, das hat Beigeordneter Adenauer in der Stadtverordneten-Sitzung überzeugend dargelegt. Die Speisegemeinschaft liegt einmal im Interesse der einzelnen Personen, vor allem aber im Interesse der Allgemeinheit. Für die einzelnen wird durch die Beteiligung an der Gemeinschaft die Jagd nach den Lebensmitteln überflüssig, die so viel Zeit fordert

und so viel Ärger schafft. Sie wird aber außerdem nach dem bekannten Wirtschaftsgezet die Lebensführung verbilligen. Der Allgemeinheit aber — und das ist das Ausschlaggebende — wird so die größtmögliche Sparbarkeit mit Lebensmitteln garantiert, die dringend notwendig ist. Daß das übliche Behagen darunter leidet, ist zuzugeben. Aber die Ersparnismöglichkeiten sind so groß, daß die in normalen Zeiten ausschlaggebenden Bedenken heute kein Gewicht haben dürfen. Ein anderer Einwand gegen die Speisegemeinschaft, der gestern vorgebracht wurde, sagt, eine solche Einrichtung bilde die letzte Zuflucht in der Lebensmittelnot; heute lägen die Verhältnisse noch nicht so schlimm, daß man einen solchen Schritt empfehlen dürfte. Mit diesen Beschwichtigungen hat man bisher so böse Erfahrungen gemacht, daß man damit aufhören sollte. Alle Maßregeln, die zu spät gekommen sind wie die bei den Kartoffeln und beim Fleisch, sind dadurch verzögert worden, daß man die Verhältnisse lange zu rosig ansah, und sich von der Entwicklung überraschen ließ. Einer Wiederholung solcher Vorkommnisse muß vorgebeugt werden. Mit der Speisegemeinschaft wird zudem der Bürgerschaft nicht einmal ein Opfer zugemutet; sie nimmt uns vielmehr eine Menge Sorge und Arbeit ab, die auf tragfähigere Schultern gelegt werden soll. Die Befürchtung schließlich, daß derartige Bestrebungen im Auslande den Eindruck erwecken könnten, mit unserer Kraft gehe es dem Ende entgegen, ist völlig unberechtigt. Auch das Ausland weiß heute nach den offenen, mit Zahlen erhärteten Darlegungen der letzten Tage, daß wir die kritischste Zeit in unserer Nahrungsmittelversorgung überwunden haben; es wird erkennen, daß wir aus den Erfahrungen gelernt haben und unsere Organisation auf diesem bisher vernachlässigten Gebiete auszubauen im Begriff sind. Wenn wir deshalb jetzt den entscheidenden Schritt von den der Kriegswohlfahrt dienenden Speiseküchen zur Speisegemeinschaft großen Stils machen, so werden auch unsere Feinde wissen, daß hiermit in der Abwehr englischer Aushungerungsversuche etwas geschieht, was der Einführung der Brotkarte gleichzusetzen ist. Und weit entfernt, darin ein Aufhören unserer Kraft zu sehen, werden sie daraus unsern starken Willen zum Durchhalten erkennen. Weder Rücksichten auf den Eindruck im Auslande, noch Bedenken, daß man mit der Neuerung an alte, liebe Gewohnheiten rührt, dürfen die Entschlüsse über die Speisegemeinschaften beeinflussen. Die materiellen und moralischen Vorteile, die bei einer gemeinsamen Volkstüche herausbringen, liegen so klar auf der Hand, daß diese Einrichtungen sicher kommen werden. Die Städte dürfen deshalb nicht mehr zaghaft sein, und müssen jedem die Möglichkeit geben, in diese Genossenschaft einzutreten.